



# MECKLENBURGER AUFBRUCH

Stimme unabhängiger demokratischer Gruppen in Mecklenburg · Nr. 3 · 25. Januar 1990

## Wohin mit den teuren Genossen

„Die Partei, die Partei, die hat immer Recht“  
Mit frohem Gesang, im Bewußtsein der  
Macht feierten sich die alten Genossen. Ich  
hab es noch im Ohr.

Fast 2,5 Millionen Mitglieder im vergange-  
nen Sommer noch – das heißt: jeder siebente  
DDR-Bürger (Säuglinge eingeschlossen, ge-  
hörte dazu!)

Die Zeit ist vorüber, jetzt steht diese Partei,  
die immer Recht hat, vor der Auflösung –  
man möchte ihr zuraten zu diesem angemes-  
senen Schritt.

Wer waren die einstigen Genossen – Kom-  
munisten, Sozialisten, Opportunisten?

In allen Schaltstellen der Macht ein Genosse.  
Wie gehen wir jetzt mit ihnen um, den Leh-  
rern, den Richtern, den Staatsanwälten, den  
Betriebsdirektoren . . . Sie sind immer noch  
dieselben Menschen, ob sie nun aus der Par-  
tei austraten gerade noch zur rechten Zeit,  
oder weil sie ihren Eintritt nun als Fehler er-  
kannten. Wie verrechnen sie soviel vertane  
Zeit in Parteilehrgängen, -schulen.

Und wohin mit den anderen, mit der alten  
schlimmen Garde?

Honecker todkrank, seine Frau am Kranken-  
bett. Axen kommt operiert nach Hause, wird  
verhaftet. Er gesellt sich zu einer langsam  
nicht mehr übersehbaren Personenzahl.  
Neuerdings könnte ein „kleiner Parteitag“ im  
Knastr stattfinden. Da werden Krenz, Scha-  
bowski etc. etc. aus der Partei ausgeschlossen  
und sie hat immer noch Recht!

Das ist alles so würdelos!

Vor wenigen Wochen winkten die alten  
Knacker versonnen vor sich hin, fernab von  
aller Realität, fernab vom Volk.

Nun sollen sie vor ein Tribunal gezerrt wer-  
den. Werden die zu erwartenden Prozesse  
nicht zu einem Schauspiel, das unserer dann  
neuen Demokratie zur Ehre gereicht?

Der Ruf nach Gerechtigkeit ist laut, er darf  
nicht untergehen.

Doch der Ruf nach Mäßigung, nach Beson-  
nenheit muß auch gehört werden. Es könnte  
sonst geschehen, daß wir durch berechtigten  
Zorn unsere gerade errungene Freiheit aufs  
Spiel setzen.



Ich finde die Überlegung, Honecker in einem  
kirchlichen Heim unterzubringen, beden-  
kenswert.

Wir können ihm vielleicht ein Stück Würde  
zurückgeben, die seine Partei ihm nahm. Wie  
erniedrigend diese Partei mit Menschen um-  
geht, ist an seinem Schicksal deutlich: Ich  
erinnere an den kranken Tattergreis auf der  
Tribüne im Oktober. Das war würdelos.

Über ihn hat die Geschichte gerichtet, das  
Urteil ist hart, es ist gerecht, gerechter als ein  
Gericht es sein könnte.

Nur eines darf uns nicht noch einmal gesche-  
hen: Wir dürfen es nie vergessen, was uns ge-  
schah!

Das Verdrängen geht schon wieder los.  
Manch ein Zeitgenosse möchte schnell zur  
Tagesordnung übergehen. Das kennen wir  
noch!

Dann seh' ich die Ehemaligen schon wieder  
in Bierkellern sitzen, sich erinnern, alte Lie-  
der singen . . .

### Wir denken an . . .

Die Regierung der Deutschen Demo-  
kratischen Republik hat sich beim tschech-  
ischen Volk für die Teilnahme an der  
Niederwerfung des Prager Frühlings  
entschuldigt.

Unter uns leben Menschen, die haben  
1968 offen Kritik an dem Einmarsch un-  
serer Armee geübt, etliche wurden da-  
für schwer bestraft. Sie wurden verhaf-  
tet, verurteilt zu hohen Gefängnisstraf-  
fen.

Einer von ihnen ist Otto Dangeleit aus  
Gadebusch. Er wurde denunziert, ver-  
haftet, zu 16 Monaten Gefängnis verur-  
teilt, 12 Monate saß er davon ab, 90  
Tage in einer Dämmerzelle.

Wer entschuldigt sich bei den Opfern?

## Wechselbäder

. . . sind gut für die Gesundheit, wußte schon  
der alte Vater Kneipp. Wenn diese Erkennt-  
nis auch für ein Land gilt, müßte es uns nach  
der letzten Woche gut gehen, denn Wechsel-  
bäder erleben wir mit unseren Parteien fast  
stündlich. Da haben die Sozialdemokraten  
ihre Buchstaben getauscht – aus SDP wurde  
konsequenterweise SPD. Und schon wech-  
selt der bekannte Pfarrer Schorlemmer vom  
Demokratischen Aufbruch mit seiner ganzen  
Regionalgruppe Wittenberg zur SPD. Sein  
Beitrag für eine überschaubarere Parteien-  
landschaft?

Mitte der Woche sagte die CDU durch ihren  
Generalsekretär Kirchner den Wechsel von  
der Regierung in die Opposition an. Zwei

Tage später aber wird er von seinem Partei-  
vorstand medienwirksam zurückgepfiffen,  
man bleibt in der Regierung. Fast gleichzeitig  
und mit ähnlichem Resultat gehen die Libe-  
ralen auf Distanz, doch bleiben auch sie an  
der Macht.

Wäre es aber wirklich so eine Katastrophe ge-  
wesen, wenn diese beiden „Altparteien“ so-  
wohl aus Unmut über schleppende und halb-  
herzige Reformen, als auch aus innerer Über-  
zeugung vom Regierungslager in die Opposi-  
tion gewechselt hätten? Gäbe es nicht andere  
Möglichkeiten, eine Regierung Modrow bis  
zum 6. Mai im Amt zu halten? Minderheitsre-  
gierungen sind in anderen Ländern für so  
kurze Übergangszeiten durchaus üblich. Und  
ist mit dem Argument „wir bleiben dabei, um  
Schlimmeres zu verhüten“ in der Vergangen-  
heit nicht Schlimmstes gestützt worden?

In die heftigsten Wechselbäder aber stürzt  
sich und uns die SED-PDS. Sie läßt von der  
Macht nur scheinbar ab, wo doch ein har-  
ter Schnitt das Angemessene wäre und treibt  
so selbst dem Zerfall entgegen. Sie entläßt  
ihre eigene Presse in die Unabhängigkeit und  
der Leser wird künftig die so eingesparten  
Subventionen aus der eigenen Tasche zahlen  
müssen. Ist damit aber auch der Einfluß auf  
die gerade neu eingesetzten Genossen der  
Chefredaktionen zu Ende?

Gästehäuser werden zu Hotels, wer wird die  
Gewinne kassieren?

Seit dem Wochenende ist nun auch klar, daß  
der gute Hans Modrow nicht nur mit einer  
sich profilierenden Opposition leben, son-  
dern auch mit der Angst einschlafen muß, am  
nächsten Morgen parteilos zu sein, weil seine  
Genossen über Nacht auch noch die letzten

drei verbliebenen Parteibuchstaben gewech-  
selt haben. Wird dann aus PDS – SPD? Hof-  
fentlich nicht. Einen Berghofer verkraftet  
die SPD, nicht aber die ganze Restpartei!

Mit Berghofer aber kann sie gut leben, hat sie  
doch dann einen Spitzenpolitiker in ihren  
Reihen, wenn auch nur gewechselt, der lern-  
fähig und pragmatisch genug scheint, demo-  
kratisch übertragene Macht auch verwalten  
zu können.

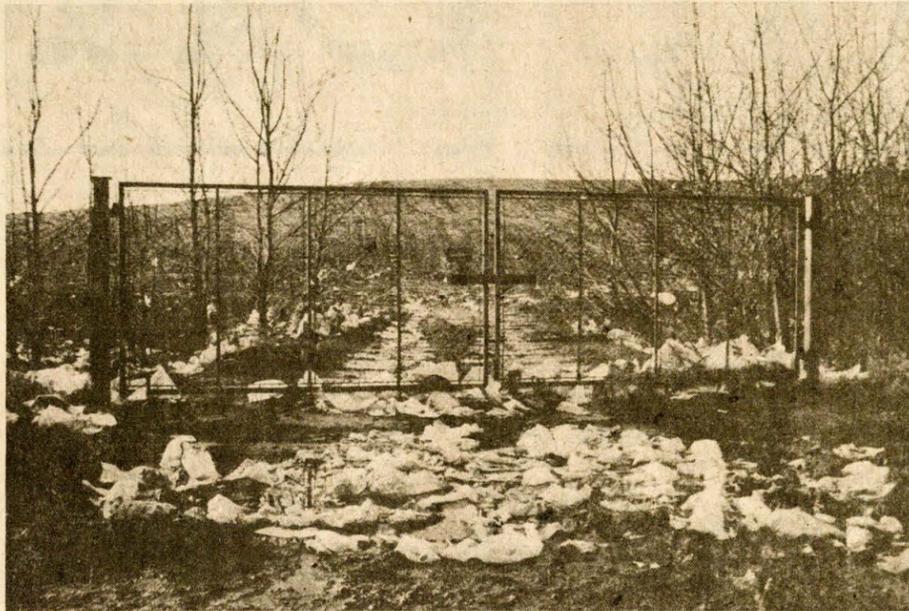
Wechselbäder sind gut für die Gesundheit.  
Jeden Tag werden sie uns nun schon seit Wo-  
chen verabreicht, nur soll man sie, besonders  
bei geschwächtem Zustand nicht zu häufig  
anwenden. Auch das wußte schon Vater  
Kneipp.

Geholfen haben die Wechselbäder der letz-  
ten Woche scheinbar nur der SPD. Ob wir  
davon gesünder werden? dt.

# Wo stecken die Müll-Millionen?

Greenpeace hat ermittelt: Über den Müll-Deal und daraus resultierende Geld-Einnahmen verbreiten DDR-Bürokraten immer noch Falschinformationen. Hieß es bislang eine Million Tonnen Abfälle jährlich würden aus dem Ausland in die DDR importiert, so ist das offenkundig Unsinn: Allein auf der Deponie Schönberg landeten im Jahr 1988 mindestens 1,011 Millionen Tonnen Giftmüll und Siedlungsabfälle aus der Bundesrepublik, dazu kamen je rund 50000 Tonnen Giftmüll aus Österreich und Italien, 35000 Tonnen aus den Niederlanden, 4000 Tonnen aus der Schweiz sowie bisher unbekannte Mengen aus Belgien und anderen Ländern. Schönberg ist nicht die einzige Deponie, die westlichen Industriemüll schluckt. Auf die DDR-Depo-

den nicht, wie das DDR-Umweltministerium noch Ende November behauptete, 80 bis 100 Millionen Valutamark aus dem Müllimport eingenommen, es sind deutlich über 170 Millionen D-Mark jährlich, wahrscheinlich aber noch viel, viel mehr. Ein bis zwei Milliarden Mark könnten in den letzten zehn Jahren zusammengekommen sein. In Schönberg wurden 100 Millionen Mark erwirtschaftet, aus Berlin kamen 64700000 Mark, vom Landkreis Eßlingen rund fünf Millionen, aus dem Raum Stuttgart waren es im Jahr 1988 rund 3100000 Mark, das ergibt eine Jahressumme von mehr als 172 Millionen Mark Einnahmen aus dem deutsch-deutschen Müllgeschäft. „Es ist Sache der DDR-Bevölkerung, Verbleib und Verwendung der Gelder zu klären, die durch



nien Schöneiche, Vorketzin und Deetz liefert Westberlin jährlich 40000 Tonnen Giftmüll, eine Million Tonnen Hausmüll und drei Millionen Tonnen Bauschutt, der teilweise mit Schadstoffen belastet ist. Die Bundesrepublik ist mit Müll-Lieferungen auf diese drei Deponien ebenfalls beteiligt: Zufällig bekannt wurde zum Beispiel, daß 12000 Tonnen verseuchter Stuttgarter Boden sowie jährlich 30000 Tonnen Eßlinger Hausmüll dort landeten. Die jährliche Müll-Importmenge liegt demnach in der DDR bei mehr als fünf Millionen Tonnen, nicht – wie offiziell behauptet – bei einer Million. Daß auch die DDR-Angaben über erwirtschaftete Devisen aus dem schmutzigen Geschäft nicht stimmen, hat Greenpeace-Mitarbeiter Andreas Bernstorff errechnet: „Nach meinen Ermittlungen wer-

die ‚Kommerzielle Koordinierung‘ beim DDR-Außenhandelsministerium unter Dr. Schalck-Golodkowski verwaltet wurden“, so Andreas Bernstorff. „Ferner gilt es aufzuklären, warum diese Gelder nicht in Deponie-Technik angelegt wurden und nun auch nicht zur Sanierung der erst letzte Woche eingestandenen Grundwasserschäden bei den lecken Westmüll-Deponien Schöneiche und Vorketzin bereitstehen. Es ist Zeit, diese Leichen im Keller deutsch-deutscher Umweltpolitik zu exhumieren.“

Greenpeace fordert ein Ende der Mülllexporte in die DDR und die vollständige Aufklärung über den wahren Umfang der bisherigen Geschäfte. **Ariane Gottberg, Greenpeace**

## Müll zurück

### Wir sind keine Ablagerungsrepublik

In einem offenen Brief vom 10. 9. 89 an DDR-Ministerrat und BRD-Bundestag forderten wir den sofortigen Stopp aller Müllimporte in die DDR, damit unser Land nicht endgültig zur Müllgrube im gemeinsamen „Haus Europa“ wird. Weder der Ministerrat der DDR noch der Deutsche Bundestag haben bis heute auf unseren Brief reagiert. In der Zwischenzeit gab es mehrere Blockaden und Protestaktionen vor Import-Mülldeponien. Um diese zu unterstützen und unserem Anliegen Nachdruck zu verleihen, rufen wir Euch zur folgenden **symbolischen Aktion** auf:

„Müll zurück – wir sind keine Ablagerungsrepublik“

Schicken Sie Ihren Müll per Post an zwei Firmen in der DDR und der BRD, die dafür sorgen, daß Millionen Tonnen Müll aus dem Ausland in die DDR gekarrt werden.

**Noch bis 20. Februar läuft eine Paketaktion: Müll zurück**

an:

**INTRAC-Handelsgesellschaft mbH**  
Pestalozzistr. 5-8  
Berlin  
1100

und

**Hanseatische Baustoffkontor GmbH**  
Geschäftsführer **Adolf Hillmer**  
Hauptstr. 46-48  
D 2407 Bad Schwartau

**Keine gefährlichen Abfälle!**

**Vermerk:**  
Geschenksendung – keine Handelsware!

**Protestkarten an:**  
**Ministerium für Umweltschutz**  
**Schiffbauerdamm 15, Berlin 1040**

**M. Baerens, Kirchl. Umweltgruppen**

## NORDLICHTER

### Landesverband für Neues Forum

Am 13./14. Januar trafen sich Delegierte und Sprecher des Neuen Forums der drei Nordbezirke in Güstrow. Das Treffen der „Nordlichter“ galt der Vorbereitung zur Übernahme politischer Verantwortung und unserem Verhalten im Wahlkampf. Es gab einen Austausch zu neofaschistisch-rechtsradikalen Tendenzen, zur Vereinigungsproblematik mit der BRD, zur Arbeit der Runden Tische sowie zu Medien des Neuen Forums und der oppositionellen Parteien und Gruppierungen. Die Runde beschloß die Koordinierung aller Medienaktivitäten in den drei Bezirken. Weiter wurde der Forderung Nachdruck verliehen, die Kommunalwahlen zeitgleich mit den Volkskammerwahlen durchzuführen. Abgesteckt wurden Grundsätze für die

Aktionseinheit mit den politischen Kräften der Opposition. Am 23. Februar ist in der Sport- und Kongreßhalle Schwerin eine Wahlaufaktveranstaltung des Neuen Forums der Nordbezirke und aller Wahlverbündeten. Als Gäste begrüßen wir Ursula Kähler und Dr. Joachim Lohmann von der Schleswig-Holsteinischen Landtagsfraktion der SPD. Der Gedankenaustausch umfaßte Wahlkampffragen, die anhaltende Ausreisewelle und das Verhältnis beider deutscher Staaten. Das hiermit 2. Treffen der „Nordlichter“ diente wiederum dem Ziel, arbeitsfähige Strukturen des Neuen Forums für das Land Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen. Am 3. 2. soll das Gründungstreffen des Landesverbandes in Güstrow sein. **N**

# Forderung: Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht

Das Prinzip der Gewaltfreiheit hat sich im wesentlichen durchgesetzt und bewährt. Das langfristige Ziel der totalen Abrüstung ist seit langem angesprochen und anerkannt. In einer Übergangsphase ist eine Freiwilligenarmee denkbar, da in den meisten Köpfen das Gefühl verankert ist, eine Armee sei notwendig.

Wir haben jetzt die Chance, mit dem neuen Denken umfassend Ernst zu machen. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht kann ein erster Schritt auf diesem Weg sein.

**Notwendiger Ersatz:** Eine allgemeine Sozialpflicht. Deren praktische Verwirklichung hat bereits begonnen (Wehrersatzdienst im sozialen Bereich). Dies wäre ein Baustein für das künftige Europa.

**Roland Timm, Camin**

(Der volle Wortlaut liegt der Redaktion vor, ebenso die Unterzeichnerliste.)

## Nicht repräsentative Befragung von Soldaten

„Wir gammeln jetzt noch mehr als früher, die Armee hat ihren Sinn verloren!“

„Die einzigen, die stramm stehen, sind die Offiziere, die von Demokratie noch nichts gehört haben – vernagelt wie eh und je! Eigentlich stehen sie vor sich selber stramm!“

„Die Grenztruppen sollten bleiben, die Bereitschaftspolizei muß verstärkt werden.“

„In so einer angespannten Wirtschaftslage ist diese Armee Luxus, den wir uns nicht leisten können.“

## Junge Männer sagen NEIN!

### Reservisten verweigern Wehrdienst

„Wir fühlen uns nach den Geschehnissen der letzten Wochen in unserem Land (Oktober 1989) nicht mehr an unseren Fahneid gebunden. Im ausgehenden 20. Jahrhundert halten wir keine Werte mehr für so wertvoll, dafür unser . . . Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen“ (Zitat aus dem Fahneid), abgesehen davon, daß es für keine Konfliktseite einen Sieg geben wird. Wir halten die ökologischen Probleme für so schwerwiegend und dringend lösungsbedürftig, daß wir nicht länger wirtschaftliche und geistige Potenzen für militärische Zwecke verschwenden dürfen.“

Mit diesen Argumenten gaben im Dezember mehrere Ueckermünder Reservisten ihre Wehrpässe beim Wehrekreiskommando der NVA zurück und gründeten die Initiative „Abrüstung von unten“. Angesichts unübersehbarer Bestrebungen zur Vereinigung beider deutscher Staaten werden die Befürchtungen unserer Nachbarländer

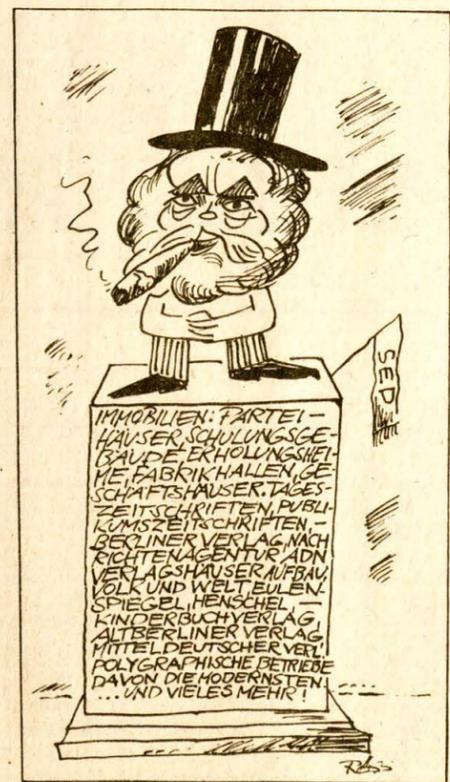
vor einem militärisch starken Deutschland wohl verstanden. Wenn Deutsche nie wieder eine Gefahr für andere Völker darstellen dürfen, so kann dies nur durch ein entmilitarisiertes Staatengebilde demonstriert werden, heißt es in der Begründung weiter.

Zum Schritt trieb sie kein parteipolitisches Interesse. Die Reservisten wollen einzig und allein dem Leben verpflichtet sein und nehmen deshalb auch bewußt den Konflikt mit bestehenden Gesetzen in Kauf. Die Gruppe sucht nun Kontakte zu anderen Verweigerern und zu Leuten, die Zivildienst fordern. Wenden kann man sich an Michael Grunert, Ravensteinstraße 23, Ueckermünde, 2120.

**K.-H. Naujoks**

Zu diesem Thema meldeten sich ebenfalls zu Wort:

Stephan Bartsch aus Ueckermünde sowie Jörg Simanowski aus Rostock.



Neuer Eigentümer gesucht!  
Bitte, keinen neuen Etikettenschwindel!

## Alternativschulen – ein verschwiegenes Kapitel in unserem Bildungssystem

In der DDR sind freie alternative Schulen wenig bekannt, weil sie bisher weder gegründet werden durften noch durch Literatur in irgend einer Form Verbreitung finden konnten. Alles Wissen über sie konnte nur über die Bundesrepublik und das westliche Ausland zu uns gelangen. Universitätsbibliotheken hatten z. T. gute Literatur, aber gaben sie oft nur gegen Spezialgenehmigungen heraus.

Das Dilemma heute ist besonders groß, denn unsere Lehrer wurden bewußt im dunkeln gelassen und ausschließlich auf das sozialistische Bildungsmonopol fixiert. Die Eltern brauchten nichts anderes zu wissen, und wer andersartige Ideen verbreitete, wurde ins Abseits gedrängt. Nun wird der Ruf nach neuen Schulideen laut, und viele Mitarbeiter im pädagogischen Bereich sind völlig verunsichert. Der Nachholebedarf ist enorm, denn die Entwicklung von Schulsystemen unserer westlichen Nachbarn ist mindestens dreißig Jahre nahezu spurlos an uns vorübergezogen. Wie gehen wir damit um? Unsere Lehrer, aber auch die Eltern dieses Landes sind aufgefordert, selbst Initiativen zu ergreifen.

Eine Möglichkeit bietet das Neue Forum Schwerin allen Lehrern der Umgebung an. Anschauung und Beispiel bilden und fördern eigene Kreativität! Deshalb: Wer westdeutsche Schulen überhaupt einmal kennenlernen möchte, kann sich bei der unten angegebenen Adresse melden. Besonders in den Winterferien, aber auch sonst nach Vereinbarung, können Kontakte zu Lehrern vieler Schulen in Hamburg und Umgebung geknüpft werden.

Neues Forum Schwerin  
Basisgruppe Erziehung und Bildung  
Ulrike Petschulat  
Taubenstr. 17  
Schwerin  
2757, Telefon 81 26 71

# Die Seele eines Kindes gleicht einem Spiegel

Groß ist die Resonanz unserer Leser zum Beitrag „Zerstören Kinderkrippen das Vertrauen“ in unserer Nummer 1. Viele Briefe zeigen, daß für die Kleinen vieles durchdacht, ja auch gewendet werden muß.

Die ersten drei Lebensjahre sind die entscheidendsten im Leben eines Menschen, sie prägen die spätere Persönlichkeit maßgeblich. Das Kind empfindet sich anfangs sogar als Teil der Mutter. Die Mutter ist als Nahrungsquelle, Wärmequelle und Zärtlichkeitsspender für das Kind lebensnotwendig.

Meine Wohnung liegt in der Nähe einer Krippe, und ich höre neu hinzugekommene Kinder manchmal zwei, drei Stunden ununterbrochen nach der Mutter schreien. Ich kann es nicht mit anhören. Man muß sich das mal vorstellen, zwei, drei Stunden zu schreien, jedem Erwachsenen würde man zur Hilfe eilen.

Das fundamentale Recht des Kindes auf die Mutter wird in unserem Land weltweit am häufigsten den Schwächsten vorenthalten (81 Prozent unserer Kleinkinder besuchen die Krippe, den zweiten Platz belegt die CSSR mit vergleichsweise 26 Prozent).

Doch nicht nur das Kind hat das Bedürfnis bei der Mutter zu sein, umgekehrt ist dieses Bedürfnis auch den Müttern von der Natur mitgegeben. Ich bin Mutter zweier Kinder und hätte mich weder nach fünf, zwölf oder achtzehn Monaten von meinen Kindern trennen können. Die Zeit mit ihnen ist sehr anstrengend, aber ich genieße es täglich, sie zu umsorgen, zu schützen, sie aufwachsen und ihre Fortschritte zu sehen. Ich weiß um jede ihrer Tränen, ich kenne alle ihre guten und bösen Erlebnisse, ich versuche jeden Tag schön zu gestalten. Das kostet Überwindung und Kraft, aber es befriedigt mich sehr. Die Freude an den Kindern überträgt die Mühe um ein Vielfaches. Ich fühle mich von meinem Mann geschützt und behütet, er schafft mir Freiräume, indem er sich nach der Arbeit mit den Kindern beschäftigt, und er achtet meine Arbeit als Mutter und Hausfrau.

Warum sind so viele Familien nur noch Wochenend- und Schlafgemeinschaften? Selbst wenn die Mütter das Babyjahr daheim verbringen, gehen Geschwisterkinder ganztags in Krippe, Kindergarten oder Hort. Haben denn die Mütter keine Sehnsucht nach ihren Kindern? Glauben sie, daß fremde, oft überlastete Erzieher den Kindern ein Zuhause sein können?

Ein Mensch kann soviel Liebe weitergeben, wie er empfangen hat. Ich las einmal den Vergleich: Die

Seele eines Kindes gleicht einem Spiegel, beide kann man nur einmal zerschlagen.“ Hoffen wir, daß die vielen Scherben nicht eines Tages uns zerschneiden, und planen wir schon jetzt soviel Altersheime ein, wie jetzt Krippen existieren.

**Birgitt Flögel  
Kinderkrankenschwester  
Ludwigslust**

Wir haben einen 9 Monate alten Sohn. Ich mag noch gar nicht daran denken, ihn jeden Morgen schon vor 5 Uhr aus dem Bettchen zu holen, wenn ich sehe, wie schön er jetzt bis 7.30 Uhr schläft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn uns Müttern eine



Gelegenheit gegeben würde, daß wir uns intensiver um die Erziehung unserer Kinder bemühen könnten und sie nicht nur dem Staat überlassen müssen.

**Familie Brüning, Schwerin**

Seit Jahren zeigt sich die Tendenz, daß die Kinder wirklich mehr oder weniger abgeschoben werden. Es gibt immer mehr Kinder, die von morgens 6 Uhr bis abends 17.30 Uhr oder noch länger in unserer Einrichtung sind. Dabei wissen wir, laut Arbeitszeitbescheinigung der Eltern ist es nicht notwendig. Die Idee, die gesamte Kleinkindzeit mit dem Kind zu Hause zu bleiben, ist nicht schlecht. Wir müssen aber die Frage stellen, ob das die Eltern auch wollen.

In einigen Stadtteilen Rostocks ist nun eine Verfügung in Kraft getreten, die besagt, daß Muttis, die zur Zeit im Babyjahr sind, ihre größeren Kinder zu Hause betreuen dürfen, können, müssen. Mit dieser Maßnahme werden die Gruppen verkleinert. Die Reaktionen nicht weniger Eltern waren nicht besonders kinderlieb. Da wurde nicht gefragt, wie am günstigsten altersspezifisch auf das Kind zu Hause eingewirkt wird, sondern ob man das Kind wirklich zu Hause behalten muß.

**Sabine Ogrzewalla,  
Krippenerzieherin, Rostock**

Ich bin seit 1967 Kinderärztin und hatte also 22 Jahre Gelegenheit in der Ambulanz, Krippenbetreuung und Mütterberatung Beobachtungen und Erfahrungen zu sammeln! Mir geht es um den Mechanismus, der uns dazu führt, die Kinder dieserart betreuen zu lassen. Ich möchte zitieren, was mir Mütter immer wieder geantwortet haben – ein Frauenchor, aus dem man wohl mit Fug und Recht die Volksstimme und also auch das Volkswissen über die Krippen heraushören kann: „Schließlich ist es doch das Beste für mein Kind.“; „Außerdem war ich jetzt lange genug zu Hause“; „Man braucht doch das Geld“ ...

Meine Meinung: Wenn die Frauen wirklich bezahlen müßten, was der Krippenplatz monatlich kostet (ich errechne z.B. für eine von mir betreute Krippe ohne das Gebäude selbst, aus den Haushaltskosten zur Zeit 450,- bis 500 Mark pro Platz/monatlich!), würden sie es sich wohl überlegen! Vielleicht würden ihnen dann endlich die Augen aufgehen darüber, wie blind sie ihre Kinder in die Anonymität geben.

**Dr. Ute Weidt,  
Kinderärztin, Prerow-Darß**

## STAATSBÜRGERKUNDE

Es klingelt zur Stunde. Wir erleben uns. Mit einem flüchtigen „Guten Morgen“ betritt unser Stabälter den Raum, legt seine Arbeitspapiere auf den Tisch, schlägt das Lehrbuch auf und erklärt uns den Ablauf der Unterrichtsstunde.

Das uralte Thema: Die imperialistische Ausbeutung.

Es besteht aus Teilthemen wie: „Das Wesen der Ausbeutung“; „Was ist Imperialismus?“ oder „Geistige Manipulation des Volkes“ (in der BRD).

Die Themen werden in rasendem Tempo „erledigt“. Der Lehrer hält lange Vorträge, wobei das Wort „BRD“ immer wieder betont wird. Über die DDR wird kein Wort verloren. Wir Schüler haben mitzuschreiben - Fingerschwischen und Zwischenbemerkungen werden möglichst überhört. So erapert er sich schwierige Fragen.

Aus dem Buch werden die „Wahrheiten“ weitergepredigt. Allerdings wird uns versichert: „Erstmalig wurde ich Lenin's Definition des Kommunismus nicht mehr an.“

Wenn der Lehrer gute Laune hat, bekommen wir am Ende der Stunde zehn Minuten zum Diskutieren, aber was ist das schon? Wir haben ja nicht mal Zeit, uns Fragen zu überlegen.

Was hat sich in der Schule schon verändert?

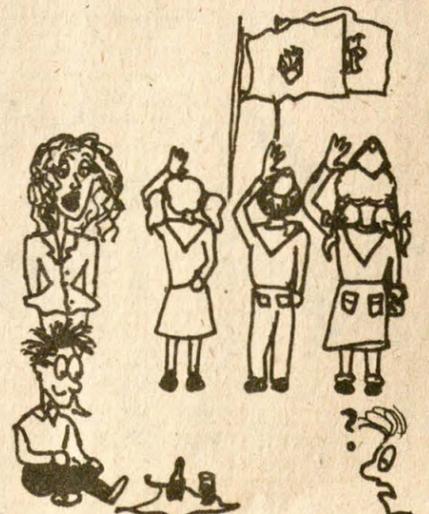
Die Sonntage sind freidafür gehen wir jetzt auch nachmittags zur Schule.

Die FDJ- und Pionierarbeit findet weiter in den Schulen statt.

Es wird weiter über alle Köpfe hinweggeplaudert, wer in den Kreisvorstand des SV-FDJ kommen soll.

Ein Haskenwechsel?  
HABEN DIE LEHRER DENN NICHTS DAZUBESENT???

Katharina  
(15 Jahre)



## Was wollen wir?

### Vergangenheit und Zukunft der Bildung

Die Bildungsreform ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Wende. In der Regel werden bei den großen und umfassenden politischen Aufgaben die Heranwachsenden, die Kinder und die Jugendlichen vergessen. Sie werden nachgeordnet. Wer wissen will, welche Vision eine Gesellschaft oder auch ein Staat hat, woraufhin Entwicklungen gesehen und in Gang gesetzt werden, muß sorgfältig die Erziehung und Bildung beobachten. Dort konkretisieren sich Selbstverständnis und Zielvorstellung einer Gesellschaft. Dasselbe gilt für alle anderen Erziehungs- und Bildungsbereiche in einer Gesellschaft, für die Familie, auch für die Kirche.

Überall haben sich kleine Gruppen gebildet. Sie beschäftigen sich mit der Schule, mit dem Kindergarten, mit dem Verhältnis von Schule und Elternhaus, mit Bildungschancen für alle, mit unterschiedlichen Schultypen, mit Ideen für Bildungskonzepte. Zunächst orientieren sie sich stärker an einer leidvollen

Vergangenheit, für die gerne die Kürzel „Kommandopädagogik“, „Manipulationsmechanismus“, „Kaderschmiede“ verwendet werden: die Art, wie sich Eltern aus dem Schulgeschehen herausgehalten, wie Kinder und Jugendliche zur Mitgliedschaft in den Jungen Pionieren und der FDJ genötigt wurden, wie die Teilnahme an der Jugendweihe ein Maßstab war, um beim Fortkommen nicht behindert zu werden, wie zwei Sprachen gesprochen wurden, um den ideologischen Forderungen der Schule zu entsprechen, wie die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus mit ihrem Wissenschaftsanspruch dazu führte, daß andere Anschauungen und Lebenshaltungen abgewertet wurden und das alles einen fairen Meinungsstreit ausschloß und unmöglich machte. Den Schülern und Schülerinnen ging es nicht anders als vielen Lehrerinnen und Lehrern, die ähnlichen Drucksituationen ausgesetzt waren und kaum Chancen hatten, anderes zu vertreten und in ihrem Umgang mit den Kindern und Jugendlichen zu praktizieren, als das, woran sie sich zu halten hatten. Es gab eine Hierarchie in der Volksbildung, die sich wie eine Pyramide nach oben verjüngte. Aber ihre Spitze wurde mitgetragen von dem Unterbau. Die Schuldfrage kann nicht nur auf eine Person oder einen kleinen Personenkreis reduziert werden. Jeder Mann und jede Frau im Bildungsbereich muß sich der Frage nach dem eigenen Anteil aussetzen, sie aushalten und für sich eine Antwort finden, die nicht nur vor dem eigenen Gewissen zu verantworten ist, sondern auch vor den Kindern und Jugendlichen, die zum Teil erheblich irritiert sind, weil ihre Lehrer und Lehrerinnen auf einmal ganz anders sind, als sie es waren, oder auch meinen, eigentlich habe sich das Bisherige im wesentlichen bewährt. Insofern könne es nur um kleine Korrekturen gehen.

Diese Ansicht ist weit verbreitet. Selbst in zentralen Arbeitsgruppen, die die Bildungsreform ausarbeiten sollen und wollen, erscheint sie direkt oder indirekt. Das kann auch nicht anders sein, denn das Prinzip des Runden Tisches hat zum Beispiel in der Akademie der Päd. Wissenschaften oder im Bildungsministerium noch nicht dazu geführt, das Spektrum der Forschenden und derjenigen, die die „neue“ Politik betreiben, entsprechend zu verändern. Es sind faktisch immer noch diejenigen tätig, die bereits vor der Wende die Volksbildung geprägt haben. Das sind nicht nur allgemeine Eindrücke, sondern die dahinterliegende reale Erfahrung mache ich in solchen zentralen Gruppen, die über eine neue Schulordnung oder über Grundfragen der Erziehung und Bildung beraten. Aber was wollen wir?

Woraufhin soll die Bildung reformiert werden? Zunächst verzichte ich auf die Frage nach dem zu erhaltenden Bewährten. Die Schädigungen in der Vergangenheit wirken zu stark nach, auch bei mir.

(Fortsetzung folgt)  
**Dr. Eckardt, Schwerin**

## Pionierorganisation?

Organisation ist laut Fremdwörterbuch zweckbestimmter Zusammenschluß. Welches war (ist) nun der Zweck der Pionierorganisation? Sie wollte (will) bevormundend auf möglichst alle Kinder Einfluß nehmen im Sinne der von der SED vertretenen materialistischen Ideologie. Ist das der richtige Weg für die Erziehung zur Toleranz, die Voraussetzung für jede Demokratieentwicklung ist? Wie war es in all den Jahren zuvor? Wurden die Schüler der ersten Klasse gefragt, oder war es nicht ausschließlich die Entscheidung der Eltern, ihr Kind Mitglied in der Organisation werden zu lassen?

Jeder, der mit Kindern zu tun hat, weiß, daß ein Kind im Alter von sechs oder sieben Jahren noch nicht in der Lage ist, eine solche Entscheidung zu treffen, weil es nicht die politische Bedeutung erfassen kann.

Viele Eltern haben aber dies bis zum heutigen Tag auch noch nicht begriffen. Die Pionierorganisation ist die Kinderorganisation der SED-PDS. Im ersten Gebot wurde den Kindern Liebe zur „sozialistischen Heimat“ angeordnet. Traurig, wenn so etwas über Gebote angeordnet werden muß, sollte sie sich doch im Kennenlernen und Erleben der eigenen Lebensumwelt, sowie im Kennenlernen anderer Länder und Völker entwickeln.

Es wäre an der Zeit, daß sich auch die Pionierorganisation die Frage nach der Mitschuld an der gesellschaftlichen Misere stellt. Ich hoffe, daß die „schöne Tradition“, den ABC-Schützen ein gefaltetes Blättchen mit nach Hause zu geben, auf dem die Beitrittserklärung wie selbstverständlich eingeholt wird, der Vergangenheit angehört.

Vielleicht wären ja die Lehrer bereit, so frei gewordene Zeit mit den Kindern ohne ideologischen Überbau sinnvoll zu gestalten. Steffi Spiera, Schauspielerin, hat auf der großen Demo der Berliner Künstler gesagt: „Ich wünsche mir für meine Urenkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappelle, ohne Staatsbürgerkunde und ohne blaue Hemden, die mit Fackeln an den hohen Herren vorbeiziehen müssen.“ Ich wünsche mir das schon jetzt für die Kinder der ersten Klasse.

**H. Bergter/S. Antonioli**



Wir stellen vor

# GRÜNE PARTEI

Gesprächspartner für den Mecklenburger Aufbruch  
war Gerd Klötzer, Sprecher der Grünen Partei in Schwerin



Unsere Partei tritt in kein zentrales Wahlbündnis ein, wir sind für die Aktionseinheit auf lokaler Ebene. Jede Basisgruppe soll für sich das Wahlbündnis gestalten, denn wir wollen weg von der zentralistischen Befehlsstruktur. In Schwerin arbeiten wir beispielsweise eng mit dem Neuen

Forum und der Grünen Liga, dem parteiübergreifenden Dachverband, zusammen. **Unser Hauptziel** ist die Erhaltung und der Schutz unserer natürlichen Umwelt. Wir sorgen für die parlamentarische Kontrolle mit Fachleuten sowie die Durchführung von Aktionen, damit der Umweltverschmutzung ein Ende bereitet wird.

Aus der Erklärung unserer Partei vom 9. Dezember 1989 gehen u. a. folgende Forderungen hervor: ein strategisches Konzept zum ökologischen Umbau unserer Landwirtschaft; Schaffung eines Umweltfonds, der nur für ökologische Projekte genutzt werden darf; Überarbeitung der Umweltgesetzgebung und sofortige Überprüfung aller laufenden und geplanten Investitionen auf ihre Umweltverträglichkeit. Eine besondere Maßnahme gerade für Schwerin ist die Überprüfung der

jetzigen Situation in der Abwasserbeseitigung. Nach den Wahlen haben wir uns vorgenommen, auf die Einhaltung der Wahlversprechen in Sachen Umweltschutz von anderen Parteien und Organisationen zu achten. Unsere Partei ist der Meinung: Wenn wir in den nächsten 20 Jahren den Umweltschutz nicht packen, ist für die Menschheit ein Überleben in Frage gestellt.

In der Partei, die am 25. November des vergangenen Jahres gegründet wurde, befinden sich Fachleute und Sympathisanten, die ihren Beitrag für die Erhaltung unserer Umwelt leisten wollen. Mecklenburger, die sich engagieren möchten, können sich an folgende Adressen wenden:

**Schwerin:**  
Büro „Grüne Partei“, Großer Moor 2,  
Schwerin, 2750  
Telefon 86 48 93

**Rostock:**  
Klaus Feige, PF 702,  
Dummerstorf, 2551  
Telefon dienstlich Kavelstorf 76 45

**Neubrandenburg:**  
Ernst Pries, Forsthof Ringofen,  
PF 3508, Templin-Fährkrug, 2090  
Telefon 29 34

## Das haben wir schon mal gehört

Gedanken beim Lesen des Referates  
von Gregor Gysi auf der Tagung des Parteivorstandes der SED-PDS

Da beginnt seine Wahlkampfrede mit dem bemerkenswerten Eingeständnis: „... wir haben das Tor zur radikalen Erneuerung unserer Partei aufgesperrt. Wir haben aber keine Zeit, uns lange daran zu erfreuen.“ Nachdem seit dem außerordentlichen Parteitag weitere 250000 Mitglieder ihm ADE gesagt haben, darunter zunehmend Leitungskader aus der Wirtschaft, „die letztlich davon keinen Vorteil hatten“, gibt er zur Anhebung der Freude neue Order, nämlich: „Wir müssen dafür sorgen, daß die Besten bei uns bleiben.“ Soweit wir uns aber umgesehen haben, sind die Besten aus dieser Partei längst raus, vor allem die Arbeiter. Natürlich gibt es noch einige Gutgläubige. Vielleicht meint er mit den „Besten“ die Genossen aus den Bezirks- und Kreisvorständen, die entweder plötzlich erkrankt sind oder aber mit Lohnausgleichszahlungen möglichst unauffällig in warme Büros gesetzt wurden. Oder die Parteirente erhalten und von dem Geld ihrer Ehrungen und Orden leben.

Mit ihnen will nun die SED-PDS „den Wahlkampf für unsere Partei, für unser Land führen“. Kein Wort „und“ dazwischen. Partei wird also immer noch mit Land gleichgesetzt. Partei ist gleich Land und Land gleich Partei. Und selbstverständlich ist alles „unser“. Denn: „Die SED-PDS ist aus dem Schatten getreten.“ Nicht etwa, daß das Volk mit seiner Revolution endlich aufgestanden wäre, selbst aus dem Schatten zu treten. Nein, die SED hätte solange selbst im Schatten gestanden, während wir 40 Jahre lang uns fröhlich gesonnt haben.

„Sozialistisch, effektiv, umweltfreundlich und sozial orientiert“, mit diesem Slogan sollen die Wahlstimmen der Bürger gewonnen werden. Das hat aber selbst Honecker schon jahrelang propagiert. Dabei werden „die Bedeutung des Marktes wachsen, ohne daß wir auf eine sinnvolle Planung verzichten“. So neu ist auch das nicht. Also Planung wie bisher, daß jemand am Schreibtisch entscheidet, welche Art Nägel in welchem Jahr auf den Markt kommen. Und daß das womöglich doch wieder nicht klappen könnte, soll „die Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften künftig eine ganz wesentliche Seite des Wirkens der Partei in den Betrieben ausmachen“. Und auch das haben wir schon mal gehört, diesmal von Stalin, der sagte: Die Gewerkschaften sind die Transmissionsriemen der Partei.

Erneuerung nennt sich das alles, radikale sogar!  
Neues Forum  
Neustrelitz

## Deutsch-deutsche Partnerschaften

Wie Pilze schießen sie aus dem Boden: Eine Gemeinde nach der anderen versucht, gewissermaßen „unter die Haube zu kommen“.

Da fahren sie dann los, unsere Volksvertreter. Man jauchzt bei all den Freundlichkeiten! Alle „Klassengegensätze“ von einander vergessen. Gift und Galle, die man einst für die jeweils andere Seite übrig hatte, man schluckt sie tapfer rühler. Und damit die Sache so richtig rund wird, nimmt man den Pastor mit.

Na, denn ein Hoch auf das deutsche Vereinswesen! Eine Frage bleibt: Wer hat die Vertreter des Volkes eigentlich beauftragt, diese Aktivitäten zu entwickeln? Wäre es nicht ratsam, eine Weile, zum Beispiel bis nach den Wahlen, zu warten? Sonst ging doch auch alles seinen geruhsamen Gang, die gleichen Leute, die einst alles blockierten und unter den Verdacht „un-erlaubter Kontaktaufnahme“ kriminalisierten, sitzen jetzt in den Startlöchern einer deutsch-deutschen Umarmung?

Wer macht da für wen Wahlkampf?

## Angebot

für alle demokratischen Gruppierungen und Parteien

In kaum übersehbarer Zahl haben sich Parteien, Bürgerinitiativen und -bewegungen gebildet. Wir möchten die neuen politischen Kräfte vorstellen – unser Angebot:

- Interviews mit Vertretern der Gruppierungen. Falls Sie daran Interesse haben, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.
- Darstellungen politischer Programme – dann senden Sie bitte Beiträge ein. Diese sollten für die Leserschaft ausgeführt sein; kurz, prägnant, klar (maximal zwei A-4 Seiten, 1/4zeilig getippt).



Lieber einen dicken Kopf, als einen Wendehals!

Karikatur: Blume

## Der SED-PDS ins Poesiealbum geschrieben

- Als Sofortmaßnahme sollten alle Gemeinden und Städte zuverlässig überprüfen, wo noch Rentner unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen. Für ihre Unterbringung sollten in erster Linie geeignete Ferienheime oder andere Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Die Volkssolidarität muß schnellstens von ihrem kommunistischen „Anstrich“ befreit und als vom Staat geförderte und unter-

## Große Preise für kleine Klamotten

Wegfall der Subventionen, eine Robkur

„Ganz schön teuer“, hört man dieser Tage oft in Geschäften für Kinderbekleidung. Wir müssen tief in die Taschen greifen, wenn wir Schuhe, Hosen etc. kaufen. Das macht uns nicht gerade fröhlicher in so angespannter Zeit. Gerade Kindersachen! Eben noch rühmten wir unsere Kinderfreundlichkeit!

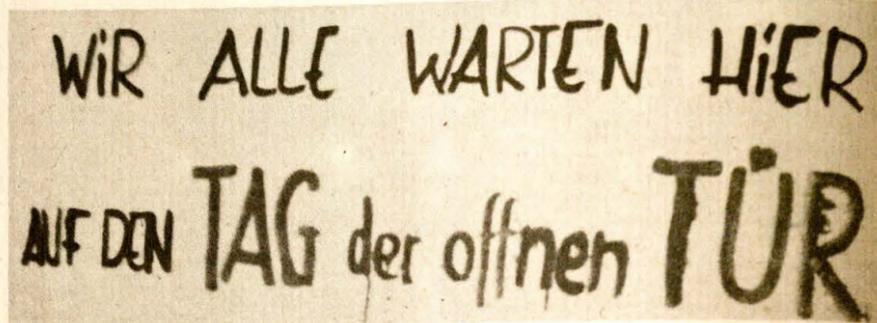
Doch dieser Schritt war notwendig und überfällig. Die bisherige Preispolitik hat dazu geführt, daß wir eigentlich nicht mehr wissen, welchen Wert die Dinge haben, die uns umgeben. Wir haben Schleuderpreise gezahlt für lebenswichtige Werte: Brot, Mieten, Schulspeisung, die Liste läßt sich beliebig fortsetzen. Wir haben Überpreise für Autos, Fernseher, Strumpfhosen bezahlt – dadurch kam das Verhältnis von Preis und Leistung ins Wanken. Nun steht unsere Wirtschaft vor dem Kollaps, sie darf nicht zusammenbrechen, sonst werden wir mehr verlieren als alt-

vertraute Preise. Was an Subventionen gespart wird, muß auf die Gehälter umverteilt werden. So können wir selbst bestimmen, wofür wir unser Geld ausgeben – das ist ein wesentlicher Schritt zur Mündigkeit freier Bürger.

Die Mieten werden steigen, zwangsläufig. Wenn wir es uns leisten großzügig zu wohnen, dann hat das seinen Preis – es muß dann natürlich auch eine entsprechende Leistung angeboten werden! Ebenso wird mit der Bezahlung von Energieverfahren werden und ... und ...

Das wird uns schwer ankommen, doch das ist der Weg, den wir nun gehen müssen. Es ist nur zu hoffen, daß wir nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wir in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen werden. Von administrativen Maßnahmen haben wir die Nase voll.

Eine Robkur, gewiß, aber am Ende sind wir vielleicht gesund!



## Stasi in die Volkswirtschaft?

Immer noch Unklarheit über Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

Wir nähern uns nun langsam – zu langsam – dem Tag, da die meisten so ungeliebten Staats-Sicherheits-Diener neben uns an der Werkbank stehen, mit uns in demselben unwirtschaftlichen Büro sitzen. Manch einem sträubt sich da das Nackenhaar!

Es ist wohl gut zu verstehen, daß wir nicht fähig und Willens sind, diese neuen Kollegen mit offenen Armen zu empfangen! Unsere Unlust steigt in dem Maße, in dem wir immer wieder erkennen müssen: Wir werden an der Nase herumgeführt.

Vor ein paar Wochen waren wir noch bereit, den Regierenden die Bereitschaft abzunehmen, die Vergehen der Stasi aufzuklären. Nun werden wir allmählich ungeduldig: Wielange soll dies Has- und-Igel-Spiel noch gehen? Wir stöbern eifrig durch Wald und Flur, auf der Suche nach immer neuen Überraschungen à la „Waldschlößchen“. Es ist empörend, uns wird immer gerade so viel an Wahrheit zugemutet, wie wir selber herausfinden! Oder will man uns schonen, uns schlückchenweise die bittere Medizin verabreichen? Sind wir vielleicht tatsächlich nicht in der Lage, die ganze schmutzige Wirklichkeit zu tragen?

Am 19. 1. wurde nun wieder der aktuelle Stand in einer Pressekonferenz der BDVP kundgetan. (Die Tagespresse hat davon berichtet, der Mecklenburger Aufbruch braucht vier Tage für die Herstellung, wird also von den Ereignissen überholt!)

Es wurden Zahlen genannt, Termine der endgültigen Auflösung bekanntgegeben.

Auf Nachfrage wurde erklärt: Ob wir nun tatsächlich alle Fakten, alle Objekte kennen, kann

nicht gesagt werden, denn: **Durch den Sturm auf die Zentrale in Berlin, Nomannenstraße, ist die Arbeit der Ermittlungen gestört!**

Es wurde entschieden der Verdacht zurückgewiesen, dieser „Sturm“ könnte hochwillkommen gewesen sein, gar von Stasi-Mitarbeitern inszeniert sein. Man möchte es glauben, doch man darf mißtrauisch sein, man muß.

Ein Beispiel sei erlaubt: Am 22. 11. 89 wurde in einem Gespräch mit Vertretern des AfS versichert, glaubhaft versichert, aufrichtigen Blickes: „Es gibt keine Bürgerakten.“ Man fand den Gedanken an einen totalen Überwachungsstaat fast komisch – man hätte gar kein Interesse an den kleinen Geheimnissen der Leute, man habe wichtigere Aufgaben. Und dann habe ich 14 Tage später die Verplombung meiner Akte und die der Geheimnisse meiner Mitbürger in unzähligen Säcken überwacht!

Zum Hohn wird mir von dem selben Beamten gesagt, ich hätte den falschen Kollegen gefragt! Es sind Zweifel am Platz. Wir bleiben auf der Hut. Also werden wir weiter die Gegend absuchen, Häuser beobachten, alle Vorkommnisse der Polizei und den Bürgerkomitees melden.

Doch wollen wir kühlen Kopf bewahren! Es darf nicht angehen, daß wir uns durch unsere Wut und Empörung hinreißen lassen, nun selber Unrecht zu tun. Unsere gerade erkämpfte Freiheit würde durch Rachegefühle gefährdet.

Es geht nicht um den einen Stasibeamten – schon gar nicht um die Mitbestrafung seiner Familie – es geht um die Zerschlagung des Unterdrückungssystems.

Mecklenburger Aufbruch,  
veröffentlicht unter der Lizenznr. 76  
Redaktion: Regin Marquardt  
Pf. 189  
Carlow 2731  
Herausgeber: R. Marquardt s. o.  
Redaktionsschluß: 21. 1. 1990  
Herstellung: Druckhaus Schwerin II-16-8 (1087)  
Preis: 00040

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgeber decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen. Es wird um Verständnis gebeten, daß nicht jede Zuschrift zur Veröffentlichung kommt.